



Wir arbeiten daran

30 Jahre Wiedervereinigung. Der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft setzt sich fort – doch gleichzeitig hat der Osten noch immer nicht. Zudem wird die weitere Annäherung in den kommenden Jahren vor allem von der demografischen Entwicklung gehemmt. Dennoch ist der Aufbau Ost keineswegs gescheitert, was nicht zuletzt Erfolgsgeschichten wie die des Start-ups „Heyfair“ aus Jena belegen. Für dessen junge Gründer spielt das Ost-West-Thema im Alltag keine Rolle mehr, erzählen sie im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturprognose

Im Frühjahr ließ die Corona-Pandemie die deutsche Wirtschaft abstürzen. Doch bis Ende 2021 könnte das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden.

—> [Seiten 6-7](#)

Integration

Immer mehr Unternehmen beschäftigen Flüchtlinge in einem regulären Arbeitsverhältnis. Doch die Firmen haben dabei mit einigen Herausforderungen zu kämpfen.

—> [Seiten 8-9](#)

Demografie als Achillesferse

30 Jahre Wiedervereinigung. Die Annäherung Ostdeutschlands an das westdeutsche Wirtschaftsniveau setzt sich fort, doch realistisch betrachtet werden die ostdeutschen Bundesländer in absehbarer Zeit nur zu den schwächeren Westländern aufschließen können. Gehemmt wird der Aufholprozess künftig unter anderem von der demografischen Entwicklung.

Ziemlich genau 40 Jahre lang existierte die DDR als eigenständiger Staat – das sind nur zehn Jahre mehr als der Zeitraum, der seit der Wiedervereinigung vergangen ist. Dennoch besteht zwischen West und Ost nach wie vor eine wirtschaftliche Kluft:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner ist in Ostdeutschland noch rund 25 Prozent niedriger als im Westen – lässt man Berlin außen vor, beträgt die Lücke sogar 30 Prozent.

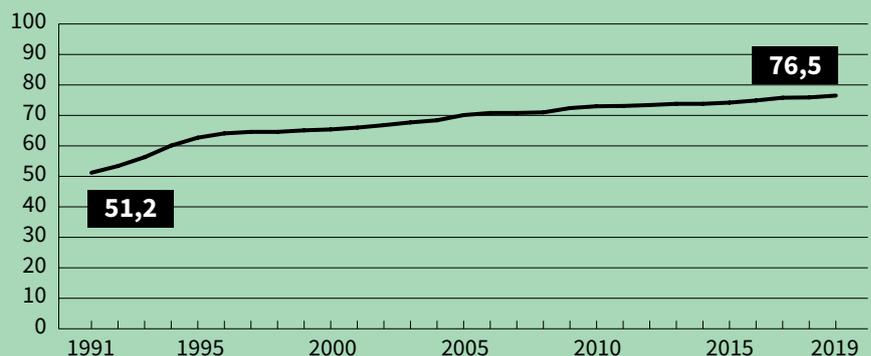
Um den aktuellen Stand der Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland umfassend beurteilen zu können, reicht der Blick auf die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung allerdings nicht aus. Aus diesem Grund hat das Institut der deutschen Wirtschaft einen Einheitsindex entwickelt, der neben der Wirtschaftsleistung noch sechs weitere Indikatoren wie die Produktivität, die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitslosigkeit umfasst. Das so gezeichnete Bild sieht um einiges freundlicher aus (Grafik):

Der IW-Einheitsindex für Ostdeutschland – ohne Berlin – ist

Ostdeutschland: Wirtschaftliche Konvergenz schreitet voran

Der IW-Einheitsindex misst die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland anhand der Kriterien Wirtschaftsleistung je Einwohner, Produktivität, Kapitalstock je Einwohner, Anteil des FuE-Personals an allen Erwerbstätigen, Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit und Selbstständigenquote

Westdeutschland = 100



Ostdeutschland: ohne Berlin; FuE: Forschung und Entwicklung; Daten für 2019 zum Teil geschätzt

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

seit 1991 von gut 50 Prozent des westdeutschen Niveaus auf knapp 77 Prozent gestiegen.

Vor allem zeigt der Index, dass der Konvergenzprozess nicht, wie

von Skeptikern gerne behauptet wird, in jüngster Zeit zum Stillstand gekommen ist – allein von 2014 bis 2019 betrug der Zuwachs knapp 3 Prozentpunkte.

Schaut man darüber hinaus auf einzelne wirtschaftliche Kennzahlen, wird deutlich, dass beim Aufbau Ost sowohl Erfolge als auch ungelöste Probleme zu verzeichnen sind (Grafik).

So haben die ostdeutschen Bundesländer bei der Produktivität und beim Haushaltsnettoeinkommen schon vor längerer Zeit etwa vier Fünftel des Westniveaus erreicht. Betrachtet man das verfügbare Einkommen, konnten einige Regionen im Osten zu manchen Westländern aufschließen oder sie sogar überholen:

Mit 20.475 Euro beziehungsweise 20.335 Euro lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Brandenburg und Sachsen im Jahr 2018 bereits über dem des Saarlands (20.277 Euro) und nur knapp unter dem Wert von Bremen (21.481 Euro) und Niedersachsen (21.988 Euro).

Ein Warnsignal für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess ist

dagegen, dass die Pro-Kopf-Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen oder Produktionsanlagen im ostdeutschen Durchschnitt zuletzt gerade einmal gut 60 Prozent des Westniveaus betragen; der weitere Aufbau des Kapitalstocks vor allem in der Industrie stockt. Dies deutet darauf hin, dass das Verarbeitende Gewerbe, dessen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ohnehin noch rund 5 Prozentpunkte unter dem Wert im Westen liegt, in den nächsten Jahren keine starke Triebfeder für die weitere Konvergenz sein kann.

Ein Problem ist auch, dass Ostdeutschland zwar über eine gute Ausstattung mit öffentlichen Forschungseinrichtungen verfügt, die Unternehmen aber nur wenig Mitarbeiter haben, die neue Produkte und Verfahren entwickeln. Das bedeutet unterm Strich:

Der Anteil des im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) eingesetzten Personals an allen

Erwerbstätigen erreicht in Ostdeutschland nur 44 Prozent des westdeutschen Werts.

Dieser Wert ist zudem seit Jahren kaum gestiegen – kein gutes Zeichen für die Innovationskraft der ostdeutschen Wirtschaft.

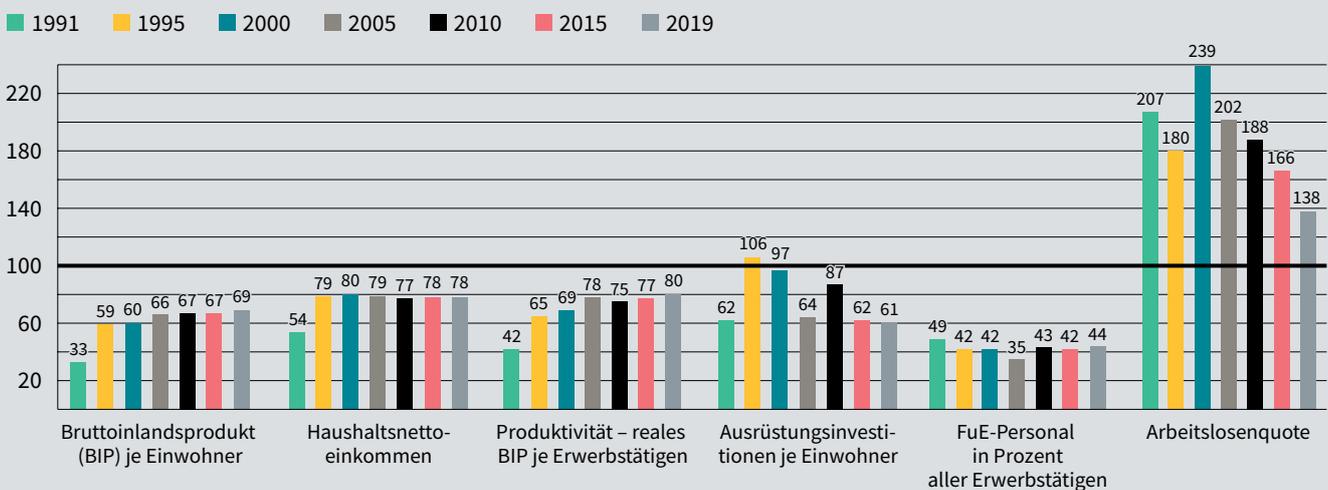
Zurückzuführen ist der Rückstand in Sachen Forschungspersonal nicht zuletzt darauf, dass in Ostdeutschland nach wie vor kaum Großunternehmen angesiedelt sind. Gerade solche Firmen investieren aber besonders stark in FuE. Und auch hinsichtlich innovativer Start-ups liegen die ostdeutschen Flächenländer deutlich hinter jenen im Westen zurück. Dies wiederum dürfte mit der ungünstigeren Raumstruktur zusammenhängen (Grafik Seite 4):

Während die Westländer im Schnitt 268 Einwohner je Quadratkilometer zählen, sind es in den fünf Flächenländern im Osten lediglich 116.

Entsprechend lebt dort auch ein weit geringerer Anteil der Menschen

Der Stand der Einheit in Zahlen

Wirtschaftliche Kennzahlen für Ostdeutschland, Westdeutschland = 100



Ostdeutschland: ohne Berlin; Haushaltsnettoeinkommen: Wert für 2018 statt 2019; Ausrüstungsinvestitionen: Wert für 2017 statt 2019; FuE-Personal: Werte für 1999, 2004 und 2017 statt 2000, 2005 und 2019; FuE: Forschung und Entwicklung

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Sozio-oekonomisches Panel, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft

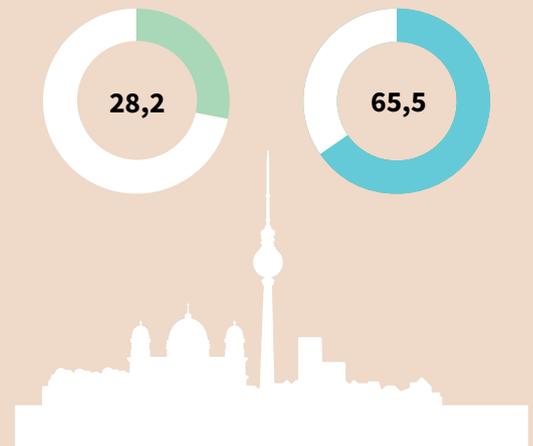
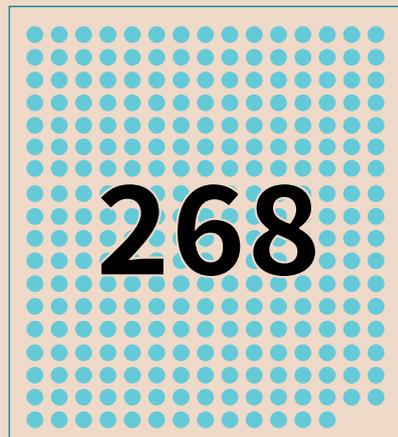
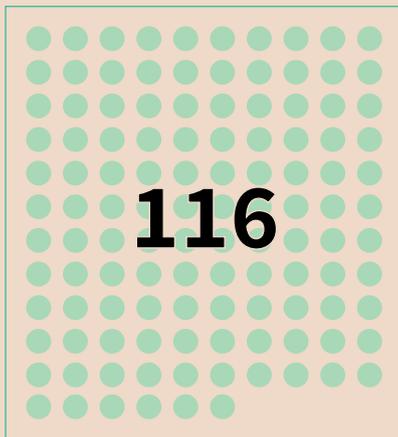
© 2020 IW Medien / iwd

Ostdeutsche leben seltener in der Großstadt

Einwohner je Quadratkilometer 2019

■ Ostdeutschland ohne Berlin
■ Westdeutschland

Anteil der Bevölkerung in
kreisfreien Städten und
hoch verdichteten Kreisen
2018 in Prozent



Hoch verdichtete Kreise: Landkreise mit mehr als 231 Einwohnern je Quadratkilometer

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

in Großstädten und Ballungsräumen. Damit fehlen sogenannte Agglomerationsvorteile – zu denen beispielsweise kurze Wege zwischen verbundenen Unternehmen, die gute Verfügbarkeit spezialisierter Dienstleister wie etwa Fachanwälte oder die Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte zählen. Gerade aufgrund solcher Vorteile sind die Metropolen bevorzugte Standorte für Cluster innovativer, junger Firmen, die als Motoren der Wirtschaftsentwicklung gelten.

Zwar gibt es auch in den neuen Bundesländern wachsende Wirtschaftszentren wie Leipzig, Dresden, Rostock oder Erfurt-Jena mit entsprechenden Start-up-Erfolgsstorys (siehe Seite 5). Diese wiegen jedoch die Standortnachteile der vielen peripheren Regionen mit ihrer geringeren Wirtschaftskraft nicht auf.

Hinzu kommt, dass die demografische Entwicklung in Ostdeutsch-

land in den kommenden Jahren den Arbeitsmarkt und damit das wirtschaftliche Wachstum erheblich bremsen wird. Der Einbruch der Geburtenzahl nach 1990 und die starke Abwanderung jüngerer Menschen bis 2013 wirkt immer noch nach. Und demnächst gehen die Babyboomer-Jahrgänge in Rente. Die Folge:

Die Zahl der Erwerbspersonen in den neuen Ländern wird von derzeit etwa 8 Millionen bis 2050 auf 5 bis 5,5 Millionen abnehmen.

Die genaue Entwicklung hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit durch eine verbesserte Willkommenskultur mehr Zuwanderer aus dem Ausland gewonnen werden können.

Angeht all dieser negativen Einflussfaktoren ist es trotz der staatlichen Bemühungen um die Förderung des Standorts Ostdeutschland unrealistisch, eine baldige, vollständige Angleichung

der Wirtschaftskraft des Ostens an das Westniveau zu erwarten. Ein realistisches Ziel ist aber, die ostdeutschen Flächenländer auf den Stand der schwächsten Westländer – Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein – zu bringen.

Das muss keineswegs eine triste Perspektive sein, schließlich sagen BIP-Daten und ähnliche ökonomische Kennziffern nur in begrenztem Maß etwas über die Lebensqualität aus: Schleswig-Holstein, das West-Bundesland mit dem niedrigsten BIP je Einwohner, belegt im Glücksatlas der Deutschen Post seit Jahren bei der Lebenszufriedenheit den ersten Platz.

Aus IW-Trends 3/2020

Klaus-Heiner Röhl: 30 Jahre Wiedervereinigung – Ein differenziertes Bild
iwkoeln.de/wiedervereinigung

Interview. Händedesinfektion gehört in Corona-Zeiten längst zum Alltag. Aber machen wir das auch richtig? Das Start-up „Heyfair“ aus Jena, Thüringen, hat ein Produkt entwickelt, mit dem Fehler bei der Händehygiene sichtbar werden. Die Gründer **Robert Hellmundt** und **Alexander Döpel** über pinke Hände und ihre ostdeutsche Herkunft.



Foto: IWD Medien

„Ost? West? Das sind bloß Himmelsrichtungen“

Wie würden Sie Ihre Produkt-idee in 30 Sekunden zusammenfassen?

Döpel: Unser Desinfektionsmittel für die Hände macht Hygienefehler sichtbar, indem es korrekt gereinigte Stellen kurzzeitig pink einfärbt. So kann man sofort erkennen, ob man sich die Hände richtig desinfiziert oder Hautpartien ausgelassen hat.

Und für ein solches Produkt gibt es einen Markt?

Hellmundt: Unsere Zielgruppe sind professionelle Anwender in Kliniken, Altenpflegeeinrichtungen, Hilfsorganisationen oder Arztpraxen.

Dort arbeiten Profis. Die sollten doch eigentlich wissen, wie man sich die Hände desinfiziert ...

Döpel: Ein Blick auf die Zahlen der Krankenhausinfektionen beweist leider das Gegenteil.

Ist das Produkt denn schon auf dem Markt?

Hellmundt: Noch ist es ein Prototyp, Anfang 2022 peilen wir eine Pilotphase in Kliniken an. Bereits im Markt sind wir mit „SteriCoach“, einem Schulungsprodukt, mit dem korrektes Desinfizieren trainiert werden kann. Und mit „SoapiCoach“,

einem Trainingsprodukt für richtiges Händewaschen, haben wir gerade eine Kooperation mit dem Klinikkonzern Asklepios gestartet.

Start-ups wie Heyfair vermutet man eher in den typischen Gründerhochburgen, also beispielsweise in Berlin oder München. Sie haben bewusst in Jena gegründet. Warum?

Hellmundt: Thüringen ist ein gutes Bundesland, um ein Unternehmen zu gründen. Das liegt an den vielen Hochschulen, die Spitzenforschung betreiben und Leute hervorragend ausbilden, sodass ein Pool an potenziellen Mitarbeitern vorhanden ist. Hier passiert einfach viel, das junge Leute den Mut fassen lässt, eigenen Ideen nachzugehen. Es gibt viele Business Angels und Risikokapitalgeber, Wettbewerbe und Gründerveranstaltungen, auf denen man seine Ideen und Produkte präsentieren und Kontakte knüpfen kann.

Döpel: Wir haben uns das schon genau angesehen: Was bietet Berlin, was bietet München? Aber gepasst hat es hier in Jena für uns am besten, es gab keinen Grund woanders hinzugehen.

30 Jahre deutsche Einheit – welche Rolle spielt das Ost-West-Thema noch für Ihre Generation?

Hellmundt: Im Alltag? Keine. Ost, West, das sind bloß Himmelsrichtungen für mich.

Döpel: Als die DDR aufhörte zu existieren, war ich noch im Kindergarten. Thüringen ist meine Heimat, ja, aber Ost- und Westdeutschland, das ist mir zu kleines Karo. Ich begreife mich selbst viel eher als Europäer.

Hellmundt: Es ist auch nicht so, als würden wir schräg angesehen oder als Exoten bestaunt, weil wir ein Start-up mit Sitz in Thüringen sind.

Also alles eitel Sonnenschein in Ost wie West?

Döpel: Das vielleicht noch nicht. Ein Beispiel: Wir haben beide Kommunikationsdesign in Weimar an der Bauhaus-Universität studiert. Dort hatten wir nicht einen ostdeutschen Professor. Das fanden wir schon merkwürdig.

Hellmundt: Großkonzerne mit ostdeutschen Stammsitzen gibt es immer noch viel zu wenige. Und auch Spitzenmanager stammen noch viel zu selten aus Ostdeutschland. Woran auch immer das liegen mag.

Wirtschaft erholt sich langsam

IW-Konjunkturprognose.

Nachdem die Corona-Pandemie die deutsche Wirtschaft im Frühjahr abstürzen ließ, mehren sich inzwischen die Anzeichen einer Erholung. Im Jahr 2020 wird das Bruttoinlandsprodukt unterm Strich zwar um mehr als 6 Prozent zurückgehen. Doch bis zum Jahresende 2021 könnte das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden.

Die Corona-Pandemie hat sich in den vergangenen Monaten nicht nur medizinisch, sondern auch gesellschaftlich und ökonomisch zu einer immensen globalen Herausforderung entwickelt. Die durch Ausgangssperren, Betriebsschließungen und Reisebeschränkungen verursachten Produktionseinbußen und Unterbrechungen der Lieferketten führten dazu, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland so stark einbrach wie nie zuvor in den vergangenen 70 Jahren:

Das reale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal um 9,7 Prozent – im Vorjahresvergleich betrug der Rückgang sogar 11,3 Prozent.

Am härtesten traf es die Industrie, deren Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2020 rund 20 Prozent niedriger war als ein Jahr zuvor. Der Dienstleistungssektor verzeichnete insgesamt eine um 9 Prozent gesunkene Wertschöpfung, wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Sparten groß waren: Während der Finanzbereich sein Vorjahresniveau fast halten konnte, belief sich das Minus bei den Sonsti-

gen Dienstleistern, zu denen unter anderem der Kultursektor gehört, auf nahezu 20 Prozent.

Wie heftig die Wirtschaft durch Corona gebeutelt wurde, zeigt sich auch, wenn man die aktuellen Einbußen mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 vergleicht (Grafik Seite 7):

Der private Konsum verringerte sich coronabedingt im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal 2020 um beinahe 11 Prozent – 2009 betrug der Rückgang maximal 1 Prozent.

Inzwischen sind viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Beschrän-

kungen gelockert worden, sodass sich die Wirtschaft erholen kann – was auch für wichtige Handelspartner Deutschlands gilt.

Zwar bleibt die weitere Entwicklung der Pandemie – gerade mit Blick auf das kommende Winterhalbjahr – ungewiss. Zudem sind Handelskonflikte wie jener zwischen der EU und den USA ungelöst. Dennoch spricht vieles dafür, dass die deutsche Wirtschaft, gestützt auch durch die staatlichen Konjunkturmaßnahmen, auf den Wachstumspfad zurückkehrt (Grafik):

Nach einem Rückgang um knapp 6 ¼ Prozent in diesem Jahr

IW-Prognose für Deutschland 2020 und 2021

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,9	-3/4	0
Arbeitslosenquote	5,0	6	6
Arbeitsvolumen	0,6	-4 1/4	2
Produktivität	0,0	-2	2 1/2
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-6 1/4	4 1/2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,6	-6 1/2	4
Konsumausgaben des Staates	2,7	3	4
Anlageinvestitionen	2,5	-5 1/2	5
– Ausrüstungen	0,5	-20	12 1/2
– Sonstige Anlagen	2,7	-1	3 1/2
– Bauten	3,8	2	1 1/2
Inlandsnachfrage	1,2	-4	4 1/4
Export	1,0	-13 3/4	9 1/2
Import	2,6	-9 3/4	9 1/2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,4	1/2	1 1/2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,5	-6 1/4	-4

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2021 um annähernd 4 ½ Prozent zulegen.

Gegen Ende kommenden Jahres dürfte dann das gesamtwirtschaftliche Vorkrisenniveau wieder erreicht werden. Positive Einflüsse wie die baldige Verfügbarkeit eines Impfstoffs könnten diesen Trend stützen und verstärken.

Weitere Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

- **Konsum.** Im laufenden Jahr wird der private Konsum um 6 ½ Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen, wobei die Steuer- und Transferpolitik dazu beiträgt, dass es im dritten und vierten Quartal eine deutliche Aufwärtsbewegung gibt. Für 2021 ist dann ein Plus von 4 Prozent zu erwarten, sofern sich der Arbeitsmarkt wie erwartet stabilisiert.

- **Investitionen.** Der starke wirtschaftliche Abschwung reißt die Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen und Produktionsanlagen in diesem Jahr um 20 Prozent nach unten. Aber auch hier geht es in der zweiten Jahreshälfte wieder nach oben. Stabilisiert sich die Weltwirtschaft und ist die Unternehmensfinanzierung gesichert, steht für das kommende Jahr ein Zuwachs von mehr als 12 Prozent in Aussicht.

Auf die Bauinvestitionen wirkt sich die Pandemie zwar ebenfalls aus – nicht zuletzt, weil die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung die Unternehmen und privaten Haushalte verunsichert. Gleichwohl reicht es in diesem und im nächsten Jahr für ein Wachstum von 2 beziehungsweise 1 ½ Prozent.

- **Außenhandel.** Weil zu erwarten ist, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt, verbessern sich auch die deutschen Exportperspektiven rasch. Deshalb ist im Jahr 2021 wieder ein reales Wachstum der Ausfuhren von 9 ½ Prozent drin. Ein noch stärkerer Anstieg wird dadurch verhindert,

dass die Investitionsprozesse weltweit nur zögerlich in Gang kommen.

- **Arbeitsmarkt.** Die Corona-Krise trifft auch den deutschen Arbeitsmarkt weitaus heftiger als die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Zwar verhindert die breite Nutzung der Kurzarbeit, dass die Unternehmen allzu viele Mitarbeiter entlassen müssen. Dennoch sinkt die Zahl der Erwerbstätigen 2020 um rund 350.000 beziehungsweise ¾ Prozent. Und weil es zurzeit nur wenigen Arbeitssuchenden gelingt, einen neuen Job zu finden, werden im Jahresdurchschnitt 500.000 Arbeitslose mehr verzeichnet als 2019.

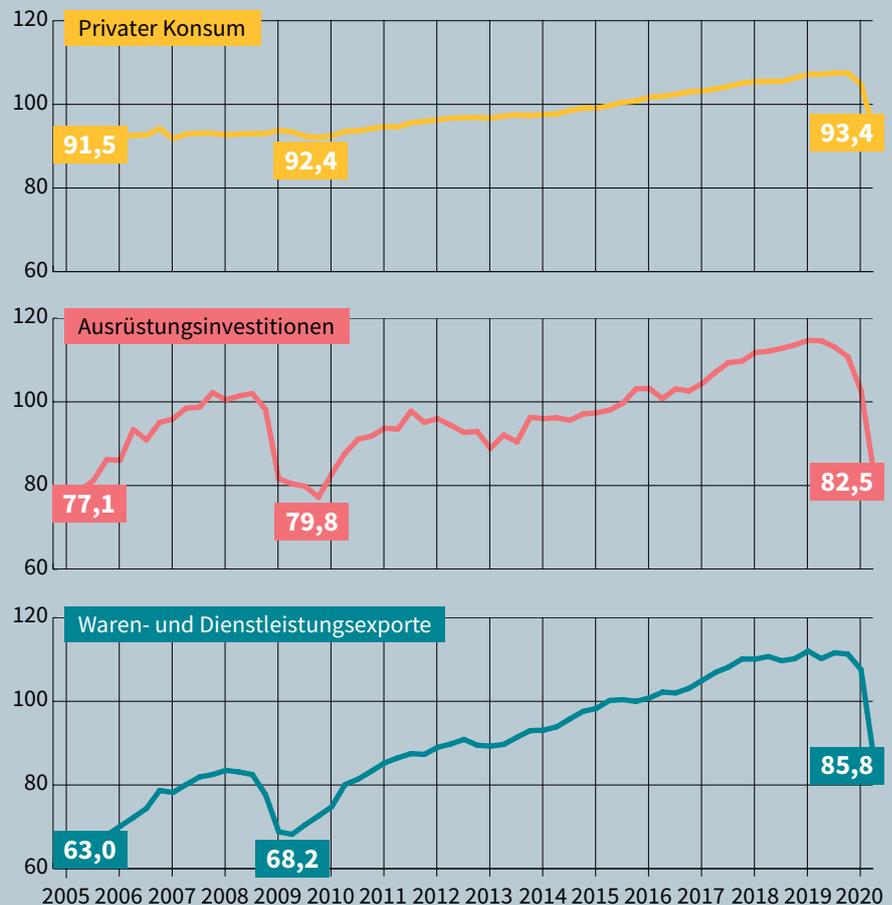
Im kommenden Jahr führt die konjunkturelle Belebung zwar auch wieder zu einer besseren Arbeitsmarktlage. Doch der Anstieg der Erwerbstätigenzahl wird mit 0,1 Prozent gering ausfallen – nicht zuletzt, weil die Betriebe zunächst wieder die Arbeitszeit der vorhandenen Mitarbeiter ausweiten, statt neues Personal einzustellen. Folglich wird auch die Zahl der Arbeitslosen vorerst nur leicht zurückgehen.

IW-Report 46/2020

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Weite Wege der Erholung – IW-Konjunkturprognose Herbst 2020
iwkoeln.de/konjunktur_herbst2020

Konjunktur: Beispielloser Absturz

Deutschland, preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, 2015 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2020 IW Medien / iwd

Firmen brauchen Unterstützung

Integration. Auch wenn die Asylanträge seit den historisch hohen Zahlen in den Jahren 2015 und 2016 zurückgegangen sind, ist die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt weiterhin eine große Aufgabe. Den Unternehmen kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Welche Erfahrungen die Unternehmen in Deutschland mit der Integration von Geflüchteten in den vergangenen Jahren gemacht haben, zeigt eine neue Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) im Institut der deutschen Wirtschaft. Sie vergleicht die Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2019 mit denen von 2016. Demnach ist die Zahl der Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen, weiter gestiegen (Grafik Seite 9):

Rund 24 Prozent der Unternehmen in Deutschland beschäftigten im Jahr 2019 Geflüchtete oder haben dies in den vorangegangenen drei Jahren getan – im Jahr 2016 traf dies auf 23 Prozent der Unternehmen zu.

Damit engagieren sich aktuell rund 429.000 Unternehmen in Sachen Integration – ein Indiz dafür, dass sich der damit verbundene Aufwand für sie rechnet. Die Antworten der Unternehmen zeigen zudem,

dass sich der Schwerpunkt der Beschäftigungsformen in den vergangenen Jahren verschoben hat:

Der Anteil der Unternehmen, die Flüchtlinge in einem regulären Arbeitsverhältnis beschäftigen, ist von gut 10 Prozent im Jahr 2016 auf knapp 16 Prozent im Jahr 2019 gestiegen.

Im gleichen Zeitraum hat der Anteil jener Betriebe, die Zuwanderer als Auszubildende beschäftigen, um nahezu 3 Prozentpunkte zugenommen – bei den Praktikanten dagegen gab es einen Rückgang von annähernd 3 Prozentpunkten.

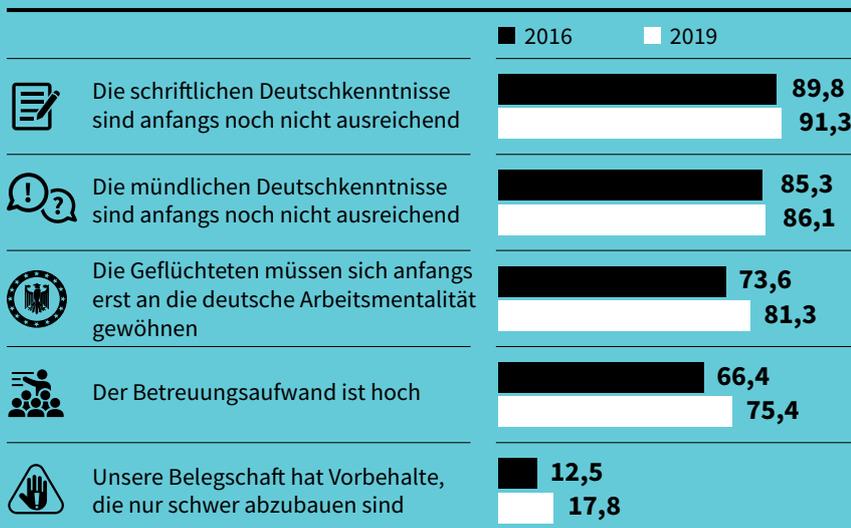
Fragt man die Arbeitgeber, warum sie Flüchtlinge beschäftigen, antworten die meisten, dass sie damit soziale Verantwortung übernehmen möchten und in kulturell gemischten Teams eine Bereicherung für ihr Unternehmen sehen. Auch die hohe Einsatzbereitschaft, die Arbeitsmotivation und der Lerneifer der Flüchtlinge sind Motive.

Allerdings haben die Unternehmen auch mit einer Reihe von Herausforderungen zu kämpfen, wenn sie zum Beispiel Menschen aus Syrien, dem Irak oder aus Afghanistan beschäftigen. Das größte Hindernis sind anfangs die fehlenden Sprachkenntnisse (Grafik):

Jeweils rund neun von zehn Unternehmen bezeichneten 2019 mangelnde schriftliche und münd-

Flüchtlinge: Die Probleme der Unternehmen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die im jeweiligen Jahr oder den vorangegangenen drei Jahren Flüchtlinge beschäftigt haben, berichteten von folgenden Problemen



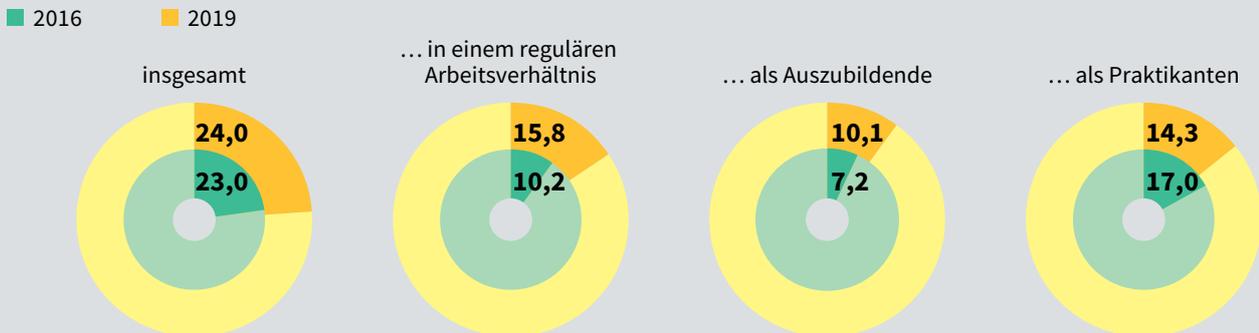
Befragung von 1.030 Unternehmen im Jahr 2016 und 1.259 Unternehmen im Jahr 2019 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Ein Viertel der Unternehmen beschäftigt Flüchtlinge

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland beschäftigten Flüchtlinge



Befragung von 1.030 Unternehmen im Jahr 2016 und 1.259 Unternehmen im Jahr 2019 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

liche Deutschkenntnisse als Herausforderung für die Integration von Flüchtlingen in den Betriebsalltag.

Zwar hat die Zahl der Absolventen von Deutschsprachkursen seit 2016 zugenommen und Studien belegen, dass sich das Sprachniveau der Flüchtlinge in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert hat. Dass ihre Deutschkenntnisse aus Sicht vieler Unternehmen trotzdem nach wie vor defizitär sind, hat einen Grund: Weil mittlerweile mehr Flüchtlinge in regulären Jobs und Ausbildungsverhältnissen beschäftigt werden, sind die Anforderungen an ihre Deutschkenntnisse ebenfalls gestiegen.

Ein schwieriges Thema für die Betriebe ist auch die Tatsache, dass sich Flüchtlinge erst einmal an die deutsche Arbeitsmentalität gewöhnen müssen. Berichteten 2016 knapp drei Viertel der Unternehmen von solchen Problemen, waren es 2019 bereits mehr als vier Fünftel.

Spürbar größer geworden ist zudem der Betreuungsaufwand. Im Vergleich zu 2016 ist der Anteil der Unternehmen, die damit zu kämpfen haben, um 9 Punkte auf gut 75 Prozent im Jahr 2019 gestiegen.

Mehr Kopferbrechen – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau – bereiten den Unternehmen auch die schwer abbaubaren Vorbehalte ihrer Belegschaften gegenüber Flüchtlingen. Mussten sich 2016 nur knapp 13 Prozent der Betriebe damit auseinandersetzen, waren es 2019 schon fast 18 Prozent.

Inzwischen liegt die Flüchtlingszuwanderung zwar weit unter dem Niveau der Jahre 2015 und 2016 –

Willkommenslotsen bringen Firmen und Flüchtlinge zusammen

Seit 2016 unterstützen Willkommenslotsen die Unternehmen in Deutschland dabei, offene Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze mit Flüchtlingen zu besetzen. Die Lotsen vermitteln den Kontakt zu den Zuwanderern, informieren die Unternehmen über die rechtlichen Rahmenbedingungen und geben ihnen Tipps, welche Förder- und Unterstützungsangebote sie in Anspruch nehmen können. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert. Weitere Informationen finden Sie unter: kofa.de/fluechtlinge

damals stellten insgesamt mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge einen Asylantrag in Deutschland, im Jahr 2019 waren es nur noch rund 166.000. Dennoch ist es wichtiger denn je, bei den Anstrengungen zur Integration nicht nachzulassen, denn die Flüchtlinge kommen jetzt nach und nach auf den Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig verändert sich die Wahrnehmung der Bevölkerung; sie steht der Zuwanderung heute deutlich kritischer gegenüber als vor einigen Jahren. Daher müssen den Unternehmen passende Angebote an die Seite gestellt werden, die den Integrationsprozess unterstützen.

Tatsächlich wissen – die Unternehmen auch immer besser, wo sie Hilfe bekommen können. Gut acht von zehn Betrieben kennen den Arbeitgeberservice der Arbeitsagenturen und Jobcenter und sechs von zehn deren Eingliederungszuschuss. Dennoch sind viele externe Unterstützungsmaßnahmen (Kasten) den Unternehmen noch nicht bekannt.

KOFA-Studie 2/2020

Sarah Pierenkemper, Christoph Heuer:
Erfolgreiche Integration – Mehr Geflüchtete in Ausbildung und Beschäftigung
iwkoeln.de/integration

Bauen mit gutem Gewissen

Kreislaufwirtschaft. Die Bauwirtschaft verbraucht in Deutschland die meisten Rohstoffe und verursacht später einen Großteil des Abfalls. Nachhaltig ist die sogenannte Cradle-to-Cradle-Bauweise – dabei können alle Bestandteile der Gebäude wiederverwendet werden.

In der Kreislaufwirtschaft wird die Nachhaltigkeit von Produkten nicht erst ab dem Zeitpunkt ihrer Entsorgung berücksichtigt, sondern bereits beim Entwurf und wenn die benötigten Materialien beschafft werden.

Durch entsprechendes Design soll nicht nur die Reparaturfähigkeit, sondern auch die Langlebigkeit von Gütern gewährleistet werden.

Am konsequentesten findet sich das Konzept der Kreislaufwirtschaft im sogenannten Cradle-to-Cradle-Ansatz, zu Deutsch „von Wiege zu Wiege“ oder „vom Ursprung zum Ursprung“. In diesem perfekten System werden alle Güter so produziert und verwendet, dass es am Ende keinerlei Abfall mehr gibt.

Für Deutschland hieße das im Idealfall, dass jedes Jahr Millionen Tonnen Abfall eingespart würden (Grafik Seite 11):

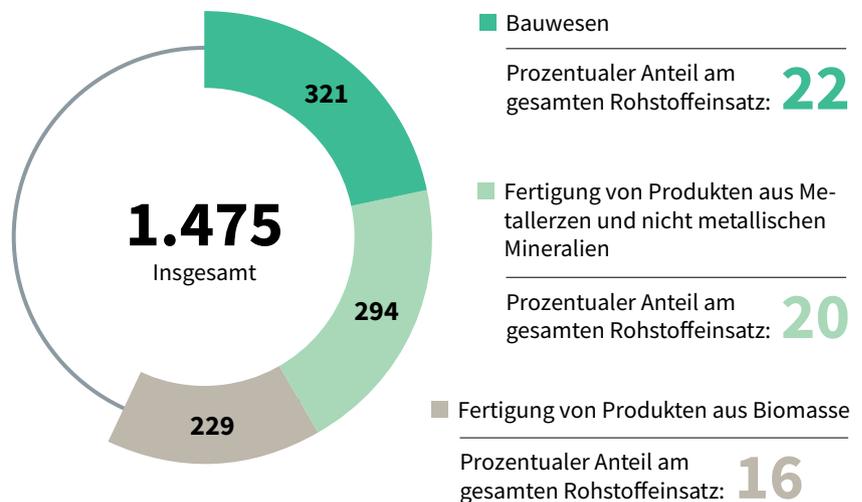
Im Jahr 2018 fielen in der Bundesrepublik 417 Millionen Tonnen Abfall an – mehr als die Hälfte davon waren Bau- und Abbruchabfälle.

Dieser hohe Anteil erstaunt wenig, wenn man die unzähligen Baustellen in Deutschland und die Größe der Branche betrachtet. Rund

Wer am meisten Rohstoffe braucht

Die drei deutschen Wirtschaftszweige mit dem höchsten Einsatz von nicht recycelten Rohstoffen

Rohstoffeinsatz in Millionen Tonnen



Stand: 2014

Quelle: Umweltbundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

870.000 Menschen arbeiten in der Bauwirtschaft, ihr Umsatz summierte sich im Jahr 2019 auf 135 Milliarden Euro. Der Bausektor hat damit auch einen beträchtlichen Einfluss auf die

Ökobilanz. Die Umweltbelastung durch die Baubranche zeigt sich nicht erst am Ende ihrer Produktion, also bei der Entsorgung der Abfälle, sondern schon bei der Produktion –

der Bausektor ist der ressourcenintensivste Wirtschaftszweig in Deutschland (Grafik Seite 10):

Im Jahr 2014 setzte die Baubranche 321 Millionen Tonnen Primärrohstoffe ein, also nicht recycelte Rohstoffe aus natürlichen Quellen, zum Beispiel Sand und Kupfer.

Zum Vergleich: Die metallverarbeitende Industrie, inklusive Automobilbranche, benötigte im selben Zeitraum 294 Millionen Tonnen Primärrohstoffe und war somit der zweitgrößte Verbraucher.

Doch auch die Baubranche hat sich mittlerweile der Kreislaufwirtschaft verschrieben. Architekten und Ingenieure arbeiten daran, den Rohstoffverbrauch so weit es geht zu reduzieren: Neue Gebäude werden nach Möglichkeit so entworfen, dass sie beim Rückbau vollständig recycelbar sind, sie dienen also als eine Art Langzeitlager für Rohstoffe.

Noch nicht vollständig gelöst ist in der Baubranche allerdings das Problem des Recyclings bei bestehenden Gebäuden. Nach einem Bericht des Umweltbundesamts werden in Deutschland rund 70 Prozent des gesamten Abfallaufkommens recycelt, zusätzlich werden etwa 8 Prozent der Abfälle thermisch verwertet. Zwar toppt die Baubranche diese Quoten seit Jahren und verwertet einen Großteil der Bau- und Abbruchabfälle – die Recyclingquote liegt bei rund 90 Prozent – doch die Zahlen stagnieren seit einiger Zeit.

Im Sinne der Kreislaufwirtschaft ist das Recycling von Rohstoffen allerdings nur dann sinnvoll, wenn deren Aufbereitung und Wiederverwertung umweltfreundlicher sind als die Entsorgung. Das ist in der Bauwirtschaft aber nicht immer der Fall.

Zwar werden vor allem im Straßenbau aufbereitete Baustoffe

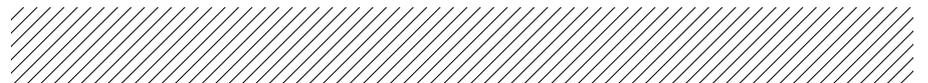
aus dem Abriss eingesetzt – allerdings geschieht dies zum Beispiel bei der Verfüllung von Gräben nur relativ selten. Der Grund dafür ist die oft mangelhafte Produktqualität der recycelten Rohstoffe: Die Grenzwerte für Schadstoffe werden zunehmend verschärft, Boden- und Grundwasserschutz sind somit wichtiger, als Materialien zu recyceln, die nicht schadstofffrei sind.

In Zukunft könnte sich die Recyclingquote allerdings deutlich verbessern. Ein Paradebeispiel dafür, wie das gelingen kann, steht im Ruhrgebiet, mitten auf dem Gelände des UNESCO-Welterbes Zollverein in Essen: Das 2017 fertiggestellte Verwaltungsgebäude der RAG-Stiftung

und der RAG Aktiengesellschaft – ehemals Ruhrkohle AG – wurde nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip gebaut.

Es besteht aus schadstofffreien Materialien, die komplett recyclingfähig sind. Solarmodule erzeugen Energie, die Dachbegrünung lädt zum Spaziergang ein, Urban Gardening und Fledermauskästen schaffen kleine Biosphären.

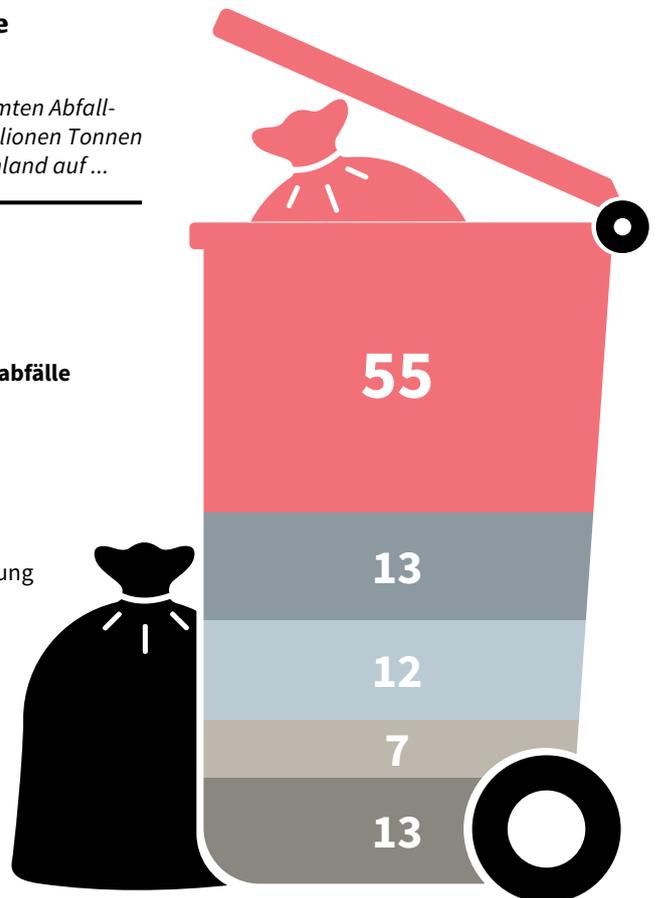
Diese Art des Bauens hat in der Bilanz sogar positive Umwelteinflüsse: Die ökologischen Bauten erzeugen beispielsweise mehr erneuerbare Energie, als sie verbrauchen, sie bereiten Regenwasser auf und reduzieren mittels Bepflanzung das CO₂ in der Außenluft.



Abfall: Die Hälfte kommt vom Bau

So viel Prozent des gesamten Abfallaufkommens von 417 Millionen Tonnen entfielen 2018 in Deutschland auf ...

- ... Bau- und Abbruchabfälle
- ... Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen
- ... Siedlungsabfälle
- ... Abfälle aus Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen
- ... übrige Abfälle



Übrige Abfälle: insbesondere aus Produktion und Gewerbe

Quelle: Statistisches Bundesamt © 2020 IW Medien / iwd

Unter Druck

Automobilindustrie. Die Automobilindustrie in Deutschland ist seit Langem Wirtschafts- und Innovationstreiber. Doch der seit Mitte 2018 schrumpfende Weltmarkt für Automobile und der fortschreitende Technologiewandel stellen die Branche vor große Herausforderungen. Die Corona-Krise hat die Situation weiter verschärft – gerade für kleinere Zulieferer.

Für die Autoindustrie in Deutschland ging es von 2008 bis 2018 kräftig aufwärts. Die Branche konnte zehn Jahre lang einen Absatzrekord nach dem anderen verbuchen. Das lag vor allem an der gestiegenen Nachfrage aus China – davon konnten die deutschen Hersteller und Zulieferer mehr als alle europäischen Konkurrenten profitieren.

Die Bedeutung der Automobilindustrie für die Gesamtwirtschaft ist dadurch gestiegen (Grafik Seite 13):

Im Jahr 2017 erzielten die Hersteller und ihre Zulieferer 4,7 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Betrachtet man nur das Verarbeitende Gewerbe, wurde jeder fünfte Euro mit Autos verdient, obwohl die Branche lediglich 12,1 Prozent der Industriebeschäftigten auf ihrer Payroll stehen hat.

Diese Zahlen unterschätzen die Bedeutung der Autoindustrie für den Standort Deutschland aber noch, da sie nicht die Nachfrage der Autohersteller nach Vorprodukten anderer Branchen erfassen. Ein Beispiel:

Auf der Nachfrage der Autoindustrie basieren mehr als 16 Prozent der Wertschöpfung in der

deutschen Metallerzeugung und -verarbeitung.

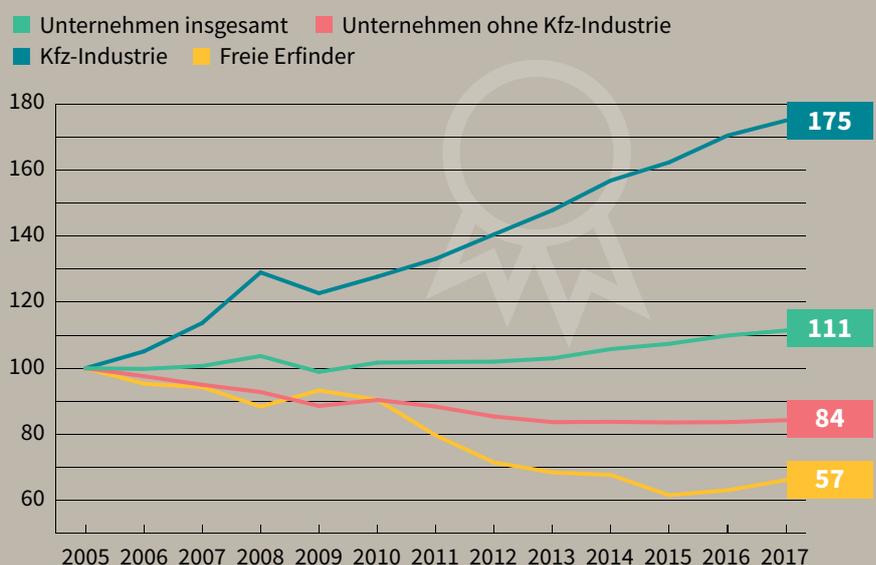
Neben den wirtschaftlichen Kennzahlen hat die Autoindustrie auch bei den Innovationen weiter zugelegt. Von 2008 bis 2018 stiegen die Forschungsausgaben in den Unternehmen um 75 Prozent. Dazu

kamen externe Aufwendungen der Firmen – wie Forschungsmittel für Universitäten oder Aufträge für Entwicklungsdienstleister.

Zusammengerechnet ist die Autoindustrie für mehr als 37 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verarbeiten-

Patente: Starker Anstieg in der Automobilindustrie

Patentanmeldungen in Deutschland, 2005 = 100



Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2020 IW Medien / iwd

den Gewerbe verantwortlich. Bei den externen Ausgaben sind es über 60 Prozent.

Der reine Input sagt aber noch nichts über die Qualität der Forschung aus. Entscheidend ist, ob das Geld sinnvoll eingesetzt wird – und auch hier kann die Autoindustrie punkten (Grafik Seite 12):

Von 2005 bis 2017 hat die Autoindustrie ihre Patentanmeldungen um 75 Prozent gesteigert.

Diese Zahl ist umso beeindruckender, als alle juristischen Personen außerhalb der Kfz-Industrie 2017 rund 16 Prozent weniger Patente anmeldeten als 2005. Bei den natürlichen Personen, also privaten Erfindern, war die Zahl der Patentanmeldungen sogar um 43 Prozent niedriger als noch 2005.

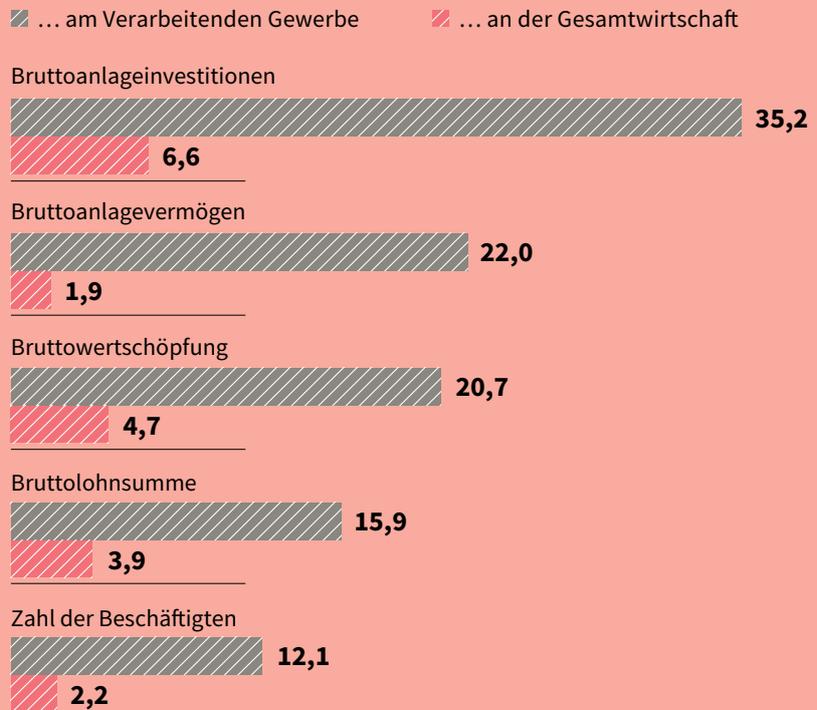
Auffällig ist, dass in der Autoindustrie wenige große Unternehmen das Gros der Patentanmeldungen verbuchen. Die zehn umsatzstärksten Zulieferer kommen zusammen auf knapp die Hälfte aller Patentanmeldungen.

Viele Forschungsprojekte der Autoindustrie beschäftigen sich mit Zukunftstechnologien. So gehörten im Jahr 2017 mehr als 10 Prozent der Patentanmeldungen zum Bereich Elektroantrieb, Brennstoffzelle, Hybridgetriebe und Energiespeichertechnik. Der Anteil dürfte sich seitdem eher erhöht als verringert haben, denn der technologische Wandel hin zu verschiedenen Antriebsformen geht unvermindert weiter und wird die Autoindustrie auch in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen. Das gilt vor allem für die kleinen und mittelständischen Betriebe der Zulieferindustrie. Sie müssen aufgrund ihrer oft sehr spezifischen Produkte häufig ein komplett neues Geschäftsmodell entwickeln.

Die Branche steht durch Absatzrückgang und technologischen

Automobilbranche: Ein Schwergewicht in der deutschen Industrie

Anteil der Automobilindustrie ... im Jahr 2017 in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd



Wandel also ohnehin unter Druck – und die Corona-Krise hat die Situation für viele Betriebe deutlich verschärft, denn kaum eine andere Industriebranche wurde so stark von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie getroffen.

Zunächst gab es durch den teilweisen Lockdown in China sowie durch Grenzschließungen in Europa einen Angebotsschock – die Lieferketten kamen weitgehend zum Stillstand, sodass die Unternehmen nicht mehr produzieren konnten.

Auch die Nachfrage sank im Zuge der Krise stark, sodass vielerorts die Produktion bis heute noch nicht wieder vollständig hochgefahren werden konnte. Die Folge: Im Mai 2020 waren rund 520.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Doch damit nicht genug:

Nicht alle Jobs wird es auch nach der Krise noch geben, denn es häufen sich die Ankündigungen von Stellenkürzungen in der Automobilindustrie, auch bei großen Unternehmen.

Das soll jedoch nicht allein den Standort Deutschland betreffen, zudem wird der Stellenabbau in aller Regel als mehrjähriger Prozess geplant und ohne betriebsbedingte Kündigungen ablaufen. Ganz auszuschließen sind betriebliche Kündigungen je nach Entwicklung in den nächsten Monaten aber nicht – vor allem bei den Zulieferbetrieben.

IW-Report 43/2020
 Thomas Puls, Manuel Fritsch: Eine Branche unter Druck – Die Bedeutung der Autoindustrie für Deutschland
iwkoeln.de/autoindustrie

Gleich und doch nicht gleich

Zentralbanken. Als vor 13 Jahren die US-Immobilienblase platzte und die Weltwirtschaft in die Knie ging, stabilisierten die amerikanische Federal Reserve (Fed) und die Europäische Zentralbank (EZB) die Märkte. Jetzt hat die Corona-Pandemie die Zentralbanken erneut auf den Plan gerufen. Sie agieren allerdings nur teilweise gleich – und nicht immer auf unproblematische Weise.

Wie unterschiedlich Europa und die USA ticken, zeigt schon die Frage, wer Kredite vergibt: In Europa laufen laut Brookings Institute 80 Prozent der Kredite über das Bankensystem, in den USA sind Banken nur für rund 20 Prozent der Kredite außerhalb des Finanzsektors verantwortlich.

Stattdessen werden für die Finanzierung häufiger Anleihen ausgegeben.

Zudem haben die Zentralbanken eine unterschiedliche Aufgabenstellung: Zwar sollen beide die Inflationsrate stabil halten, die Fed soll aber zusätzlich für hohe Beschäftigung sorgen.

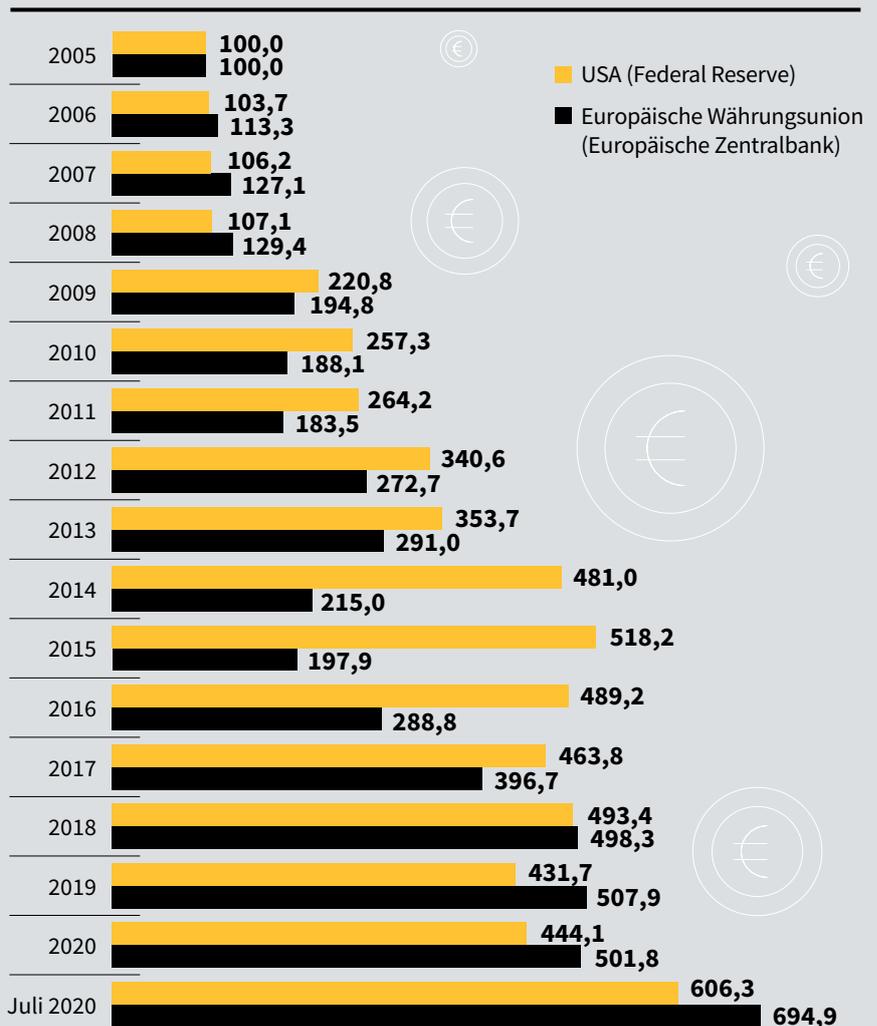
Ein weiterer Unterschied ist, dass das Eurosystem aus der EZB und den 18 nationalen Zentralbanken besteht, während es im Fed-System zwölf regionale Notenbanken gibt.

Zentrales Werkzeug der Banken ist das Monopolrecht, Geld herauszugeben. Der Mechanismus: Wenn mehr Geld im Umlauf ist, gibt die Bevölkerung mehr aus – das kurbelt Konsum und Wirtschaft an, lässt aber auch die Preise steigen. Über ihre Leitzinsen haben die Zentralbanken zudem Einfluss auf die Finanzierungskosten (Grafik Seite 15):

Die untere Grenze des Zinskorridors der Fed liegt derzeit bei 0 Prozent, der EZB-Einlagensatz sogar bei minus 0,5 Prozent.

Mehr Geld denn je

So entwickelte sich die Zentralbankgeldmenge, also der Bargeldumlauf und die Einlagen der Banken bei der jeweiligen Zentralbank, 2005=100

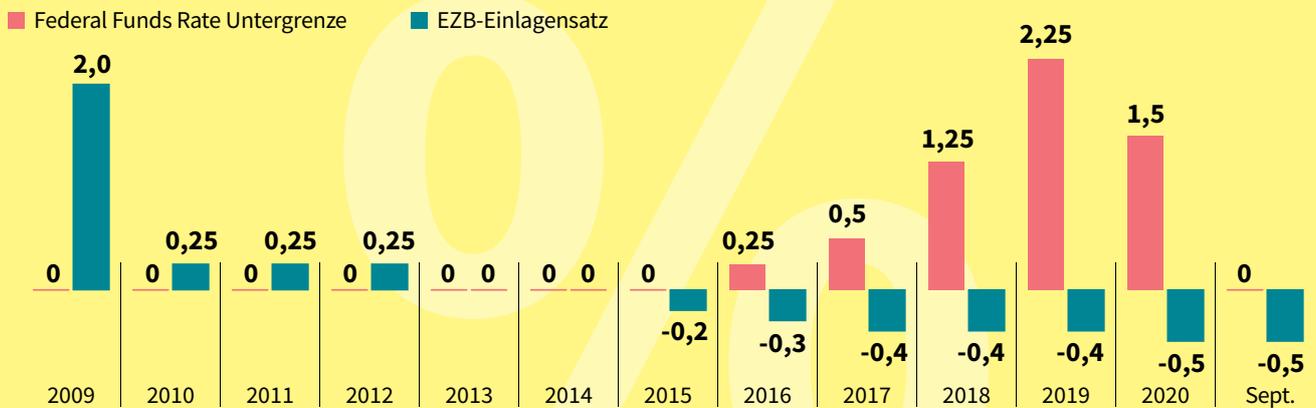


Stand: jeweils 1. Januar

Quellen: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank of St. Louis
© 2020 IW Medien / iwd

Leitzinsen: Stärkere Veränderungen in den USA

So hoch waren die Zinssätze der Zentralbanken jeweils zum 1. Januar



Federal Funds Rate Untergrenze: Der Zins wird seit 2008 als Korridor definiert, die Obergrenze liegt immer 0,25 Prozentpunkte über der Untergrenze

Quellen: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank of St. Louis
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Fed und EZB keinesfalls immer gleich agiert haben. So lag der Fed-Zins nach der Lehman-Pleite mehrere Jahre bei 0 Prozent; von Anfang 2016 bis Anfang 2020 war er dann teils deutlich positiv. Im Euroraum senkte die EZB die Zinsen etwas später; 2011 versuchte sie zweimal erfolglos, sie zu erhöhen. Seitdem erlaubt ihr das die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr.

Etwas anders sieht der Vergleich bei der Zentralbankgeldmenge aus, also beim Bargeld, das EZB und Fed in Umlauf bringen und das die Geschäftsbanken bei ihnen deponieren (Grafik Seite 14):

Die Geldmenge der Fed hatte sich bereits von 2005 bis 2015 mehr als verfünffacht, in Europa hatte sie sich nicht einmal verdoppelt. Erst am aktuellen Rand hat der Geldmengenindex der EZB jenen der Fed hinter sich gelassen.

Mit Null- beziehungsweise negativen Zinsen haben die Zentralbanken ihre zinspolitischen Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Deshalb beeinflussen sie die Märkte jetzt über groß angelegte Anleihenkäufe. Die sind aber nicht unumstritten.

Die EZB kauft Staatsanleihen und Schuldverschreibungen von europäischen Entwicklungsbanken und Unternehmen. Der Fed ist es mittlerweile möglich, kurz laufende Anleihen von Regionen mit mindestens 500.000 Einwohnern und von Städten mit mindestens 250.000 Einwohnern zu erwerben.

Größter Unterschied: Die EZB kauft lediglich auf dem **Sekundärmarkt**, nachdem es also bereits einen vorherigen Abnehmer gab. Die Fed darf bereits auf dem **Primärmarkt** zugreifen, also direkt, wenn Schuldscheine ausgegeben werden.

Seit Ende März 2020 erwirbt die Fed zudem Anleihen großer US-Fir-

men und übernimmt von Geschäftsbanken Kredite an kleinere, mittlere und große Firmen mit maximal 15.000 Mitarbeitern beziehungsweise 5 Milliarden Dollar Jahresumsatz.

Auch bei der EZB ist mehr erlaubt als sonst: Vorübergehend erwirbt sie wieder griechische Staatsanleihen. Sie weicht beim Anleihenkauf zudem etwas stärker vom Kapitalschlüssel ab, der sich aus den Bevölkerungsanteilen und der Wirtschaftsleistung der Mitglieder berechnet. Das ist aber nicht erst seit Corona so, zeigt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Schon vorher hat sich die EZB demnach tiefer in die Grauzone der unerlaubten Staatsfinanzierung manövriert.

Ohnehin haben EZB und Fed ein gemeinsames Problem: Ihre Entscheider besitzen große wirtschaftspolitische Macht und können sehr unabhängig agieren, ohne je vom Volk direkt gewählt worden zu sein.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise vierwöchentlich - **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - **Telefon:** 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de - **Titelbild:** IWMedien.

Zahl der Woche**Top-Unis: In English, please**

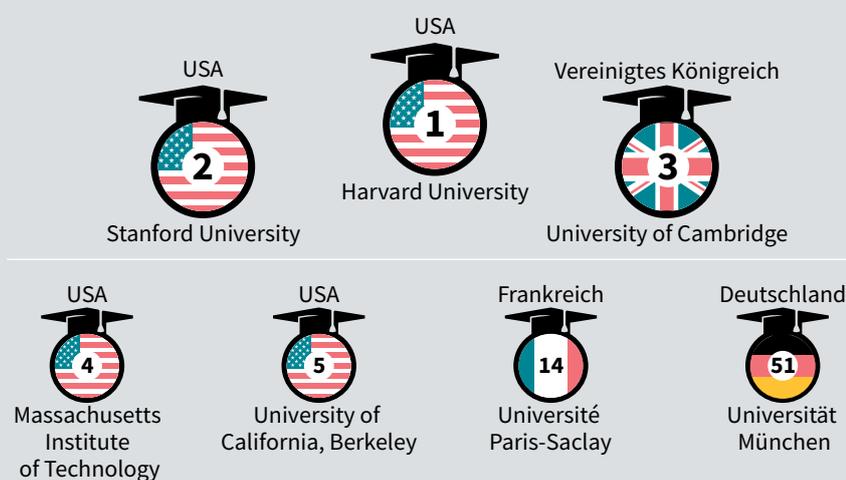
Die zehn besten Universitäten der Welt befinden sich entweder in den USA oder im Vereinigten Königreich. Das zeigt das aktuelle Uni-Ranking, das die ShanghaiRanking Consultancy seit 2003 jährlich erstellt. Wie in jedem Jahr liegt auch diesmal die amerikanische Harvard University ganz vorn. Es folgen Stanford und die britische University of Cambridge. Erst auf Platz 14 kommt mit Paris-Saclay eine Bildungsstätte Kontinentaleuropas – übrigens eine Hochschule, die nie zuvor in der Topliste auftauchte. Auf Platz 20 findet sich mit der ETH Zürich die erste Uni, in der die deutsche Sprache zumindest eine gewisse Rolle spielt. Die besten deutschen Universitäten belegen die Plätze 51 (Universität München) und 54 (TU München). Unter die Top 100 schaffen es neben den beiden Münchenern lediglich zwei weitere deutsche Unis: Heidelberg auf dem 57. und Bonn auf dem 87. Platz.

1,85 Milliarden Euro haben sich die Verbraucher in Deutschland Produkte aus fairem Handel im Jahr 2019 kosten lassen. Im Vergleich zu 2018 war das ein Plus von 9 Prozent; seit 2010 hat sich der Umsatz sogar mehr als vervierfacht.

Vor allem fair gehandelte Lebensmittel sind gefragt – sie machten 77 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Textilien kamen auf einen Anteil von knapp 11 Prozent und Blumen auf 9 Prozent.

Fast ein Drittel des gesamten Umsatzes entfiel auf Kaffee. Zum Vergleich: Fairer Tee brachte es auf 2 Prozent. Allerdings bedeutet das keinesfalls eitel Sonnenschein für die Kaffeebauern, denn der Marktanteil des fair gehandelten Kaffees liegt lediglich bei 6,7 Prozent. Immerhin hat die Menge fair gehandelten Kaffees binnen eines Jahres um 11 Prozent auf 26.185 Tonnen zugelegt.

Etwas besser sieht es bei den Südfrüchten – vornehmlich Bananen – aus, die 12,5 Prozent zum Gesamtumsatz beisteuern: Da mittlerweile auch Discounter Bananen mit Fair-trade-Siegel anbieten, legte deren Absatz von 2018 auf 2019 um 40 Prozent zu. Bananen aus fairem Handel haben damit einen Marktanteil von immerhin rund 20 Prozent beziehungsweise 132.945 Tonnen.

Uni-Ranking: Die USA dominieren

Das Ranking berücksichtigt Kriterien wie die Zahl der Nobel- oder Fields-Preisträger der Universitäten, aber auch die Zahl der Zitationen sowie Publikationen in renommierten Fachzeitschriften

Quelle: ShanghaiRanking Consultancy
© 2020 IW Medien / iwd